

## **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aus Krisen lernen**

Kaum eine Behörde war in den vergangenen Jahren so stark in den Schlagzeilen wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit Sitz in Nürnberg. 2015 und 2016 noch auf die große Zahl an Asylbewerbern unvorbereitet, wurde die Arbeit des Amts 2018 von der Affäre um gefälschte Bescheide in der Bremer Außenstelle überschattet. Dr. Hans-Eckhard Sommer übernahm die Präsidentschaft der Behörde im Juni 2018 in turbulenten Zeiten, wie er nun im Presseclub Nürnberg erklärt hat.

„Bremen war eine Ausnahmesituation sondergleichen – vor allem für meine Mitarbeiter“, sagt der Jurist. Man habe in Bremen zwar Fehler festgestellt, die auch momentan noch aufgearbeitet werden. Aber das Ausmaß der Affäre sei von der Dimension kleiner gewesen als in den Medien dargestellt. „Bremen ist für uns abgeschlossen“, meint Sommer.

Nichtsdestotrotz hat die Behörde viel zu tun: 1700 Entscheider kümmern sich momentan um die Bewilligung oder Ablehnung der Asylanträge. Im ersten Halbjahr 2019 stellten 73 000 Menschen einen Erstantrag auf Asyl, etliche Anträge aus der Vergangenheit müssen noch abgearbeitet werden. Dazu ist das BAMF personell stark aufgestockt worden von 3000 Mitarbeitern im Jahr 2015 auf aktuell über 8000 Mitarbeiter. „Da hätte schon viel früher reagiert werden müssen, es ging immerhin darum, das Asylsystem in Deutschland am Laufen zu halten“, so Sommer. Das Amt sei auf den Ansturm an Menschen schlichtweg nicht vorbereitet gewesen. Zu den abzuarbeitenden Anträgen kommt die vom Bund verordnete Prüfung schon ausgestellter Bescheide, 700 000 sind das an der Zahl. Eigentlich sollte die Überprüfung bis 2022 abgeschlossen zu sein, aufgrund der personellen Situation wird diese Frist jedoch um vier bis fünf Jahre verlängert. Rund 15 Prozent der Ablehnungsbescheide werden von Gerichten gekippt.

Hans-Eckhard Sommer, in den Medien mehrfach als „harter Hund“ betitelt, schmeichelt sein Spitzname nicht, er kämpft jedoch auch nicht gegen ihn an: „Offenbar ist heute jemand ein harter Hund, wenn er rechtsstaatlich vorgeht“, erklärt er. Dass der BAMF-Präsident strikt nach den gesetzlichen Vorgaben handelt, wird am Abend mehrfach klar. Das neuerdings verabschiedete Migrationsgesetz bewertet er positiv. „Ich finde gut, dass der Gesetzgeber die Möglichkeit der Abschiebehaft ausgeweitet hat“, erklärt Sommer. Für ihn ist das wichtig, damit die Abschiebungen geplant werden können.

Ein wichtiges Thema für das BAMF sei die Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen. Dazu organisiert die Behörde mit weiteren Partnern beispielsweise Sprachkurse. Ziel sei es, die Menschen auf ihr Leben in Deutschland vorzubereiten. „Wir versuchen, jeden auf Sprachniveau B1 zu bringen“, erklärt Sommer. 90 Prozent der Kursteilnehmer würden den Abschluss auf Niveau A2 oder B1 schaffen.

Angesprochen auf die aktuelle Diskussion rund um die private Seenotrettung sagt der BAMF-Chef: „Eigentlich müssen wir verhindern, dass die Menschen sich überhaupt aufs Meer begeben.“ Dazu schweben ihm Schutzzonen direkt in Libyen vor, in denen die Menschen versorgt und bei geringen Erfolgsaussichten auf Asyl wieder zurückgeführt werden können. Die italienischen Reaktionen versteht er nicht. „Auf das Geschrei von Herrn Salvini darf man auf keinen Fall hören“, meint Sommer. Italien sei mit deutlich weniger Erstanträgen konfrontiert wie Deutschland oder Frankreich.

Eine Situation wie 2015 möchte Sommer nicht mehr erleben, seine Behörde sei für die aktuellen Anforderungen aber gut gerüstet. „Ich möchte mir gar nicht vorstellen, dass es noch einmal zu einer Ausnahmesituation wie 2015 kommt“, sagt er. Nach wie vor kommen die meisten Asylsuchenden aus Syrien, gefolgt von Irak, Nigeria und der Türkei.